

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

28.6.1922 (No. 147)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14  
Fernsprecher: Nr. 953 und 954  
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur E. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 A — Einzelnummer 1.— A — Anzeigengebühr: 170 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassenzahlung gilt und verzögert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder.

Ist für Donnerstag, den 28. Juni, nach Berlin einberufen. An ihr nimmt auch der badische Staatspräsident Dr. Gummel teil. Die Konferenz nimmt Stellung zu der durch die Ermordung Rathenaus geschaffenen politischen Situation und der Herbeiführung von Beschlüssen des Reichsrates über den Schutz der deutschen Republik. Den Ländern soll Gelegenheit gegeben werden, sich zur Durchführung dieser Maßnahmen zu äußern.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

\*\* Die günstige Arbeitsmarktentwicklung hat weiterhin angehalten. Besonders aufnahmefähig zeigten sich (neben der Industrie) die Landwirtschaft und das Baugewerbe. Der Mangel an brauchbaren landwirtschaftlichen Kräften konnte teilweise nicht behoben werden. Auch nach Gärtnern und Gartenarbeitern war die Nachfrage zum Teil erheblich, sie ließ sich allerdings im allgemeinen mit dem vorhandenen Angebot decken. In der Industrie der Steine und Erden machte sich in der Berichtswocde neben dem schon länger währenden Mangel an Steinbauern und Brechern neuerdings auch wieder in gewissem Grade ein zunehmender Bedarf an Ziegeleiarbeitern bemerkbar. Die Nachfrage nach Facharbeitern in der Metall- und Maschinenindustrie hat im ganzen angehalten. In der Industrie der Spinnstoffe und verwandter Gruppen zeigte sich neben dem schon bisher nicht völlig zu deckenden Bedarf der Webereien auch eine größere Nachfrage nach Färbereipersonal. Etwas belebt hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Sigarenindustrie. Im Bekleidungs-gewerbe ist ein schwacher Rückgang des Bedarfs an Schneidern eingetreten, während der hohe Beschäftigungsgrad im Baugewerbe anhält. Sehr erheblich ist mit der günstigen Bitterung die Nachfrage in Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe geblieben. Der Diensthofmangel hat schon seit langem derartigen Umfang angenommen, daß er auch nicht annähernd zu beseitigen ist.

#### \* Die Mordhetze geht weiter!

Wie aus Darmstadt gemeldet wird, hat der heftige Ministerpräsident Ulrich (Soz.) einen Drohbrief aus Mainz erhalten, in welchem ihm die Organisation C das gleiche Schicksal bestimmt, wie es Rathenau widerfahren ist. Und die greise Mutter des ermordeten Reichsministers ist im Laufe der beiden letzten Tage mit einer Flut unflätiger Schmähbriefe überschwemmt worden, die alle aus den Kreisen des antisemitisch-rechtsradikalen Mordertums stammen; ja man hat sich verschiedentlich nicht geschaut, die im Schmerz zusammengebrochene Mutter unter falschen Vorpiegelungen an das Telefon bitten zu lassen, um ihr dann die gemeinsten Beschimpfungen ins Gesicht zu schleudern. Ebenso ist noch in Erinnerung die Mitteilung des Reichskanzlers vom Sonntag, daß auch die Witwe Erzbergers ständig Briefe erhält, in denen eine Befehdung des Grabes ihres feige dahingemordeten Sohnes angedroht wird. Aus allen diesen Vorkommnissen, die sich bei umfassender Lektüre der Zeitungen und bei geeigneten Umfragen noch bis ins Maßgraue vermehren lassen, spricht allerdings eine Gesinnung, die so beschaffen ist, daß man die Tiere beleidigen würde, wenn man sie vertiert nennt. Dieses rechtsradikale Mordertum steht, wie sich aus den Dokumenten seiner Mentalität ergibt, noch unter dem sittlichen Niveau der Münchener Geiselmörder. Mit jenen Geiselmördern ist man damals sehr rasch fertig geworden. Sie haben vom Schwurgericht die wahrlich verdienten Todes- und Zuchthausstrafen erhalten, und der Gerechtigkeit ist Genüge geschehen. Jene Art Mörder wies aber schon von vornherein Gesicht und Kleidung auf, die den Geschworenen aus dem Volke den Urteilspruch leicht machten. Heute tritt von der rechtsradikalen Seite her ein anderer Mordertypus vor die Öffentlichkeit; und diesen Mordertypus richtig zu erkennen und richtig zu beurteilen, ist für den schlichten, psychologisch ungeschulten Mann aus dem Volke überaus schwer. Nur schwer können sich diese einfachen Männer an die Tatsache gewöhnen, daß man Offizier gewesen sein kann, daß man die blonden Haare eines Siegfried und die treuherzigsten blauen Augen von der Welt haben kann, daß man die sanften Züge eines Mädchenantlitzes besitzen kann — und doch ein feiger Mörder ist. Diese einfachen Leute aus dem Volke sind zu sehr in gewissen anezogenen Vorstellungen befangen, als daß sie zunächst glauben

könnten, daß in der Tat ein feiger Meuchelmörder so aussieht, wie z. B. Schulz und Lilienfeld. Auch diese beiden Mörder gehören der Schicht der Gebildeten und der Gutgekleideten an, ihre Gesichter verraten Intelligenz und gefammelte Energie, sie haben im Felde ihren Mann gestanden — und sind doch nichts anderes, als sittlich verrohte Mörder!

Auch diese Feststellungen machen es klar, daß der Kampf gegen das rechtsradikale Verbrechen unter allen Umständen viel schwieriger ist, als der gegen linksradikale Verbrechen. Umso notwendiger ist es, daß alles geschieht, um diesen Kampf so zu organisieren, daß er auch wirklich zum Ziele führt. Dazu gehört vor allem, daß man Schritte unternimmt und Aktionen einleitet, die jenen rechtsradikalen Elementen auch wirklich Respekt und Furcht abnötigen. Geseht den Fall, man würde unter Übertragung diktatorischer Vollmachten an das Reichskabinet bzw. an den Reichskanzler aus all den rechtsradikalen Verbänden, deren Mitgliederlisten ja bekannt sind, Geiseln entnehmen und festsetzen, so würde wohl bald ein Wandel zum Besseren eintreten.

Nur dann wird jenes rechtsradikale Mordertum vor weiteren Mordtaten zurücktreten, wenn man drüben merkt, daß die Attentate mitteilbar Freiheit und Leben der eigenen Gesinnungsgenossen bedrohen. Bisher sind seit den Tagen, da die Republik aufgerichtet wurde, die Schüsse nur nach der einen Seite losgegangen. Wir haben geglaubt, den Bürgerkrieg vermeiden zu können. Und doch bestand dieser Bürgerkrieg bereits; allerdings in der merkwürdigen Form, daß immer nur die Revolver nach links losgingen, daß immer nur die eine Partei schoß und die andere Partei sich niederschließen ließ! So lange dieser Zustand bestehen bleibt, wird der Anreiz zu neuen Mordtaten ebenfalls bestehen bleiben.

Die zurzeit zur Verfügung stehenden Mittel des Rechtsstaates haben notorisch nicht ausgereicht, um diesen mörderischen und zugleich aberwärtigen Zustand zu beseitigen. Also müssen die Kampfmittel erweitert werden. Damit betritt man noch lange nicht die Bahnen des Polizeistaates. Wenn ein über ganz Deutschland verbreitetes System politischer Mordpropaganda die Existenz des Staates und das Leben seiner führenden Männer bedroht, dann ist es das Recht dieses Staates und dieser Männer, sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen. Außer gewöhnliche Verbrechen rechtfertigen auch außergewöhnliche Mittel zur Bekämpfung!

Zunächst aber wird man — und das ist keine unüberwindliche Schwierigkeit — alle die Brutstätten aufheben und vernichten müssen, in denen der Geist gezeugt wird, der jene Mordtaten erzeugt. Daß gewisse schlagende Verbindungen an den Universitäten und Hochschulen zu diesen Brutstätten gehören, weiß man längst. Zogend etwas zu ihrer Beseitigung ist aber bisher noch nicht geschehen. Wer sich für diese Dinge interessiert, der lese einmal den soeben erschienenen Roman von Walter Bloem „Brüderlichkeit“. In diesem Buch wird von einem Autor, der an sich Militarist vom reinsten Wasser ist und wahrhaftig nicht im Verdaß linksradikaler Gesinnung steht, an den Sitten, Gebräuchen und Anschauungen, wie sie leider auch heute noch in den Korps vorherrschen, eine erschütternde Kritik geübt.

Und zwar sind es gerade Probleme, die mit der Ermordung Rathenaus zusammenhängen, die auch hier mit zweifellos sittlichem Ernst und dem energischen Willen zur Besserung behandelt werden. Walter Bloem scheint den Glauben an eine Regeneration der Korps nicht aufgegeben zu haben. Dafür ist er selbst zu sehr Korpsstudent. Ob er mit diesem Glauben Recht behalten wird, das können wir von hier aus nicht entscheiden. Jedenfalls wäre es ein Segen für unser Vaterland und ein Segen für die Korps, wenn eine solche Regeneration im Geiste der Ausführungen Bloems erfolgte!

### Politische Neuigkeiten.

#### Die Trauerfeier für Rathenau im Reichstag.

Die Ausschmückung des Reichstagsaalles hatte der Reichskanzler Reichslos in Verbindung mit dem Generalintendanten des Staatstheaters Jehner geleitet. Vor dem Sarge hielten zwölf Legationssekretäre des Auswärtigen Amtes die Ehrenwacht. Die Attache's des Auswärtigen Amtes hielten die Ordnung aufrecht. Saal und Tribünen füllten sich mit den Mitgliedern der Parlamente, unter denen alle Parteien vertreten

waren, und den Führern der Wissenschaft, der Kunst und des öffentlichen Lebens. Die Mitglieder der Reichsregierung, des Reichsrates und die Vertreter der Länder nahmen auf ihren gewohnten Sitzen Platz. Das diplomatische Korps mit seinen Damen erschien vollzählig in der Loge des Landtages.

Um 12 Uhr wurde die Mutter Dr. Rathenaus vom Reichskanzler in die große Mittelloge geleitet. Es folgten die nächsten Verwandten. Die umflorten Lampen des Saales flammten auf. Bald darauf betrat der Reichspräsident, der Reichstagspräsident und der Reichskanzler den Saal. Die Versammlung erhob sich von ihren Sitzen und von draußen drangen die Töne von Beethovens Overtüre zu „Coriolan“ herein. Die Musik wurde von der Kapelle der Staatsoper ausgeführt.

Dann betrat der Reichspräsident die Rednertribüne vor dem Sarge und führte, nachdem er der Trauer der Nation Ausdruck gegeben und die hohen Charaktereigenschaften und Fähigkeiten des Ermordeten gerühmt hatte, u. a. aus: Gehoben durch das Ansehen, das er als Führer deutscher Industrie nicht nur im deutschen Wirtschaftsleben, sondern in der ganzen Welt schon früher genos, beruhend auf dem Eindruck und der Macht seiner Persönlichkeit, galt sein Wort in der Welt und in den Kreisen, die sie zurzeit beherrschten. Er war es in erster Linie, dem die Aufgabe gestellt werden konnte, unser Volk wieder enger in eine politische und wirtschaftliche Beziehung der Völker einzufügen zur Gesundung der ganzen Welt. Die Augen feiger Mordgefallen haben ihn aus diesem Wege herausgeschleudert. Aber die verruchte Tat traf nicht den Menschen Rathenau allein — sie trifft Deutschland in seiner Gesamtheit. Sie ist ein Anschlag auf die Nation, der sie einen der besten Patrioten, der fähigsten Köpfe und Vorkämpfer deutschen Aufbaues raubte; sie ist ein Verbrechen an unserem arbeitamen, huldben und hoffenden Volke, das sie in der Abwehr der Frevel aufs neue in den erschreckenden Kampf der Leidenschaften hineingezogen hat.

Der Reichspräsident schloß seine Rede mit den Worten: Mit heißem Dank und mit der Versicherung unergänzlichen Gedenkens bringe ich dem toten Freund und Mitarbeiter den letzten Gruß des deutschen Volkes dar! Nach dem Reichspräsident widmete der Vizepräsident des Reichstages, Zentrumsgesandter Dr. Well, dem Verstorbenen einen herzlich gehaltenen Nachruf. Er geistete die Brutalität, Mordlustigkeit und Sinnlosigkeit des an Rathenau verübten Verbrechens. Zuletzt ergriff der Reichstagsabgeordnete Kroll (Demokrat) das Wort zu einer Würdigung Rathenaus und sprach die Aufforderung aus, endlich wirklich das Vaterland über die Partei zu stellen.

Unter den Klängen des Wagner'schen Siegfried-Trauermarsches aus der „Götterdämmerung“ schloß die Feier. Der Sarg wurde sodann zum Leichenwagen hinausgetragen. Darauf setzten sich die Wagen nach Oberschönenweide in Bewegung, wo die Besetzung im Kreise der Angehörigen vor sich ging. Dem Reichspräsidenten wurden beim Verlassen des Reichstages von vielen Tausenden begeisterte Ovationen dargebracht.

Der Reichskanzler Dr. Wirth fuhr gestern nachmittag zum Landhaus Dr. Rathenaus und weilte dort eine halbe Stunde am Sarge des Ermordeten, um von dem Freunde und Mitarbeiter den letzten Abschied zu nehmen.

### Weitere Kundgebungen.

Die für gestern nachmittag angeordneten Massendemonstrationen für die Republik im Lustgarten zu Berlin waren trotz des unglücklichen Wetters von weit über 200 000 Personen besucht. Es war eine der größten Kundgebungen, die Berlin überhaupt je erlebt hat. Der weitaus größte Teil der Berliner Geschäfte hatte während der ersten Nachmittagsstunden geschlossen, da sich das Personal in der Mehrzahl an den Versammlungen beteiligte. Die Kundgebungen verliefen durchaus ordnungsmäßig und soweit bisher bekannt, ohne jeden Zwischenfall.

Nach Schluß der Trauerfeier wurde den Führern der republikanischen Parteien beim Verlassen des Reichstagsgebäudes von der dort versammelten, noch Zehntausenden zählenden Menge, stürmische Huldigungen bereitet. Der Chauffeur des Reichspräsidenten war nicht imstande, seinen Wagen anzufahren. Das Auto wurde, als es Herr Ebert bestiegen hatte, von einer Anzahl begeisterter Republikaner ein weites Stück Weges durch die Menge gezogen, ehe der Motor in Bewegung gesetzt werden durfte. Besonders Scheidemann, der eine kurze Strecke zu Fuß zurücklegte, war der Gegenstand lebhaftester sich immer wiederholender Sympathiefundgebungen.

Im bayerischen Landtag sagte gestern u. a. Präsident Königsbauer: In der Beurteilung dieses entsetzlichen Mordes sind wir in diesem Hause alle derselben Meinung. Wir wünschen, daß die Mörder gefast, und ihren verdienten Strafen zugeführt werden. Schon aus dem Grund, damit Aufklärung über den Beweggrund der Tat geschaffen werde. Bis dahin muß ich den Wunsch aussprechen, daß keine boreiligen politischen Schlüsse gezogen werden und auch keine überführten Maßnahmen nach irgend welcher Seite getroffen werden. Wir beurteilen das Verbrechen nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch aus Gründen der Vernunft. Präsident Königsbauer sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß dem deutschen Volke in Zukunft die Schmach eines solchen Verbrechens erspart bleiben möge, da dies der Weg zum Untergang sei.

Das Haus hatte die Kundgebung stehend angehört. Zum Zeichen der Trauer wurde die Sitzung abgebrochen.

Ein weiterer Bericht aus München besagt: Zum Zeichen der Trauer haben sämtliche öffentlichen Gebäude Halbhoft geflaggt. Die Straßenbahn stellte von 4 bis 4.15 Uhr den Betrieb vollständig ein. Nachmittags 4 Uhr fand

auf der Theresienwiese die von den Gewerkschaften und den drei sozialistischen Parteien veranstaltete Trauerkundgebung statt, an der etwa 80 000 Personen teilnahmen. Nach kurzen Ansprachen mehrerer Redner ging die Versammlung in der Hauptstraße ruhig auseinander, nur zwei Züge, ein größerer und ein kleinerer, marschierte gegen das Zentrum der Stadt. Während der eine Zug vor der Absperrung durch die Landespolizei ruhig abzog, suchte der zweite, an dessen Spitze die kommunistische Jugend marschierte, die Sperrkette zu durchbrechen. Als die Landespolizei mit Gummiknüppeln vorging, entfernte sich unter Jöhlen und Pfeifen auch dieser Zug. Eine kleine Rauferei entstand zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bei der Michelskirche. Auch hier trieb die Landespolizei die Menge auseinander. Vor dem Lokal der Nationalsozialisten kam es abermals zu einer Ansammlung, die aber rasch zerstreut wurde.

Zu der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik schreibt die „Bayerische Staatszeitung“, nachdem sie noch einmal auf die „einseitige Richtung“ der Verordnung hingewiesen hat: „Die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes mit so weitgehenden Befugnissen, wie es ihm die Verordnung zuweist, greift so tief in die Selbständigkeit der Länder, in ihre Polizei und ihre Justizhoheit hinein, daß sie genauester Prüfung bedarf. Dieser Staatsgerichtshof soll nicht nur Beschwerdeinstanz sein, sondern auch erkennendes Gericht, er kann jederzeit eingreifen, u. die Auffassung der Regierungen, der Länder und ihrer Gerichtsorgane in den durch die Verordnung berührten Fragen forrieren. Daß hierdurch ein Zustand geschaffen wird, der nicht im Interesse einer geordneten Verwaltung und Rechtspflege liegt, bedarf gar nicht der weiteren Betonung.“

Die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung“ nennt den Staatsgerichtshof einen Wohlfahrtsauschuss nach dem Vorbild der französischen Revolution. Mehrfach wird die Verordnung deshalb angegriffen, weil sie auch die Mitglieder der früheren republikanischen Regierungen, also auch der Regierungen vor Angriffen durch die Presse schützen will. Nachdem die Bayerische Volkspartei mit einer Interpellation gegen die Verordnung vorgegangen ist, folgt jetzt die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) mit einer solchen.

Im Anschluß an eine Gedächtnisrede des Bürgermeisters Schmiech im Münchener Stadtrat auf den ermordeten Reichsminister Dr. Rathenau, beschloßen die Fraktionen der demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien eine Erklärung, worin der Stadtrat dem Abscheu gegenüber den abscheulichen Treibereien Ausdruck gibt, die zur Entstehung dieses Verbrechens geführt haben. Der Stadtrat fordert von der Reichsregierung und von der bayerischen Landesregierung, daß sie mit allen Mitteln eine umfassende und rücksichtslose Durchführung der zum Schutze der Verfassung und der für sie tätigen Personen erlassenen Maßnahmen beschleunigt. Ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei erklärte, die Partei könne deshalb nicht mitwirken.

In Darmstadt fand eine gewaltige Demonstration sämtlicher Parteien außer den rechtsstehenden statt. Am Marktplatz wurde von vier Stellen aus gesprochen. Für die Demokraten sprach Landtagsabgeordneter Nestor Reiber. Er forderte stärkere Demokratisierung der Verwaltung als besten Schutz der gefährdeten Republik. Der Redner der Sozialdemokraten war Dr. Stroeder.

Dann bewegte sich, wie die „Frei. Bl.“ weiter berichtet, ein endloser Zug durch die Straßen der Stadt nach dem Eichbergviertel, wo Baron Helmsolt, der Leiter einer Selbstschutzzugorganisation, wohnt, der kürzlich ohne jeden Grund einen Arbeiter nachts niedergelassen hatte, und dann vom Gericht wieder in Freiheit gesetzt worden ist. Die Wohnung Helmsolts wurde demoliert; doch ist nichts entwendet worden. Sodann begab sich der Zug zu der Wohnung des Landtagsabgeordneten Oßann, der geschäftet war, wo eine Käumung der beiden oberen Stockwerke erfolgte. Dann schwenkte die Abteilung ab zu der Wohnung des Landtagsabgeordneten Dingeldey, der aus einem Kleiderkraml hervorgeholt wurde. Er versuchte von einem Fenster aus zu sprechen, was ihm jedoch infolge der allgemeinen Unruhe nicht gelang. Durch seine Anwesenheit rettete er seine Wohnung vor der Demolierung. Er wurde darauf abgeführt, mußte der Republik Treue schwören und vor dem Zuge mit dem Galgen, an dem eine Kuppe in Gestalt Helfersichs hing, und einer roten Fahne hermarschieren. Der Gang gestaltete sich zu einem Spießrutenlaufen: Dingeldey soll auch geprügelt worden sein. Im übrigen wurden von der Menge

eine Anzahl Holzerantenschilder beseitigt; die meisten waren hüglig schon letzte Nacht entfernt worden.

Leider kam es nach der Demonstration zu blutigen Unruhen, die durch kommunistische Trupps hervorgerufen wurden. Die beiden rechtsstehenden Zeitungen, die „Deutsche Landeszeitung“ und der „Tägliche Anzeiger“ wurden demoliert. Zum Schluß griff Schupo ein, die die Straßen zu säubern versuchte, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam. Insgesamt wurden etwa 200 Schuß abgegeben. Es hat Tote und Verwundete gegeben. An der Demonstration selbst, die übrigens ruhig und in voller Ordnung verlaufen war, hatten die nicht im Dienst befindlichen Schupobeamten in Zivil teilgenommen. — Bis abends 10 Uhr wurde festgestellt, daß bei den Unruhen, die sich an die Demonstration angeschlossen, eine Person getötet und vier verwundet wurden. Die Schupo hat daraufhin das Regierungsviertel abgesperrt. In der Stadt ist jetzt alles ruhig.

Lloyd George hat dem Reichskanzler eine Trauerbotschaft übermitteln lassen, in der er sein tiefes Bedauern über den Tod Dr. Rathenaus und seinen Abscheu über das Verbrechen ausdrückt, welches das deutsche Volk eines seiner ausgezeichnetsten Vertreter beraubt habe. Ferner gingen dem Reichskanzler Beileidstelegramme vom italienischen Ministerpräsidenten Facta, dem italienischen Außenminister Schanzer und dem rumänischen Ministerpräsidenten, Bratianu zu.

Neuter meldet: In maßgebenden Londoner Kreisen ist man der Ansicht, daß die jetzige deutsche Regierung imstande ist, allen deutschen Reaktionen entgegenzutreten und daß kein Grund für Alarmgerüchte bestehe, die von gewisser Seite aufgetischt sind.

### Die Verfolgung der Rathenaumörder.

Aber die Tätigkeit, die die Polizei in diesen Tagen entfaltet, um den Mord an Rathenau aufzuklären, macht der Vertreter der politischen Polizei im „Berliner Tageblatt“ einige Mitteilungen. Eine der Haupttätigkeiten ist die Durchsicht der zahllosen Drohbriefe, die Dr. Rathenau speziell in den letzten Wochen erhalten hatte. In diesen Briefen ist durchweg von Attentatsplänen auf Rathenau die Rede. Viele dieser Briefe hat sich die politische Polizei erst jetzt bei dem Privatsekretär des ermordeten Ministers beschaffen müssen, denn dieser hatte nie etwas Besonderes auf diese brieflichen Drohungen gegeben. Auf Grund dieser Schriftstücke hat er nie um polizeilichen Schutz gebeten. Trotzdem waren seit vielen Wochen zwei besonders tüchtige Kriminalbeamte mit der Bekämpfung des Ministers betraut worden und einer von ihnen begleitete den Minister fast ständig auf seinen Fahrten, obwohl Dr. Rathenau dies immer wieder ablehnte; besonders, wenn er sich mittags in die Wohnung seiner greisen Mutter in der Viktoriasstraße begab, um dort mit dieser zu Mittag zu speisen, sah er es nicht gern, wenn er von einem Beamten begleitet wurde, um zu vermeiden, daß sich seine Mutter um ihn ängstige. Gerade an dem Vordag fuhr der Minister unglücklich ohne Begleitung. Die Durchsicht der zahlreichen Schmähbriefe und die Versuche, die Verfasser dieser Schriftstücke zu ermitteln, nehmen außerordentlich viel Zeit in Anspruch und gestalten sich zum Teil sehr schwierig.

Bei der Hausdurchsuchung in den Büroräumen des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten, dessen Ehrenvorsitzender Ludendorff ist, ist sehr wichtiges Material beschlagnahmt worden. Auch in der bekannten Organisation „Kampfbund am Wannsee“ hat eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Unter den Beschäftigten befindet sich der Vorsitzende des Bundes gegen die Überhebung des Judentums, ein gewisser Müller-Hausen. Ferner ist der Student Werner Fiesch, der dem Abg. Helfferich im Reichstage an dem Vordage ein Bukett überbrachte, dessen Schleife die Aufschrift trug: „Dem Ritter der Deutschen Ehre“, wieder verhaftet worden, nachdem sich ergeben hat, daß er mit Kapitän Ehrhardt befreundet sein soll.

Wie mitgeteilt wird, befand sich in dem rotbraunen Auto, das gleich nach der Tat die Vorhölle passierte, neben zwei Herren von einem bekannten Berliner Bankhaufe, die Schwefel des Ermordeten mit ihrem Ranne. Sie kamen von außerhalb und fuhren geschwind, weil sie sich verspätet hatten. Ohne eine Ahnung von dem furchtbaren Verbrechen zu haben, fuhren Schwefel und Schwager an der Leiche vorbei. Sie erfuhren erst eine Stunde später den Sachverhalt.

Aber den Mordmord wird in den Berliner Abendblättern mitgeteilt, daß in der Nacht noch mehrere Verhaftungen vorgenommen worden sind; u. a. wurde ein junger Mann in der Wohnung seiner Eltern im Osten Berlins verhaftet und nach

dem Polizeipräsidium gebracht. Wie die andern, so bestritt auch er jede Beteiligung an dem Verbrechen. Sein Alibi und seine anderen Aussagen werden, wie auch in den übrigen Fällen, noch nachgeprüft. — Der in Henssburg verhaftete Karl Tillesen ist in Berlin noch nicht eingetroffen.

Der in der Angelegenheit der Ermordung Rosa Luxemburgs mehrfach genannte Leutnant Krull wurde in einer Wohnung in Wandshel, wo er sich verborgen hielt, auf Ersuchen der Reichsbeförden im Zusammenhang mit dem Mord an Rathenau verhaftet. Leutnant Krull behauptete bei seiner Vernehmung, daß er Wandshel und Hamburg in den letzten acht Tagen nicht verlassen habe und will sein Alibi nachweisen. Die Wandsheler Polizei setzte die Berliner Behörden von der Festnahme Krulls telegraphisch in Kenntnis.

Der „Vorwärts“ schreibt unterm 26.: „Von zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt, daß zwei Stunden vor der Ermordung Rathenaus der bekannte Forstraj Escherich in Berlin mit einem großen Stabe von Führern der Orgesch in Berlin eingetroffen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen ist. Auf Anfrage wurde uns vom Hotel gesagt, daß Escherich bereits wieder abgefahren sei, wobei, konnten wir nicht erfahren.“

### Was muß geschehen?

In einem Leitartikel über die Ermordung Rathenaus schreibt der Badische Beobachter u. a.:

„Was zu tun sein wird, darüber muß sich nicht nur die Regierung klar werden. Daß zunächst harte Polizeimaßregeln folgen und folgen müssen, ist klar. Der Putschismus der Rechten zeigt sich immer wieder aktiver als der der Linken, wobei sowohl die Rechte als die Linke genötigt die radikalsten Elemente von sich abzustößeln. Jedenfalls darf man der Regierung keinen Vorwurf machen, wenn sie fest zugreift. Viele Dinge, die man an sich als hinderlich od. als vereinzelte Ergüsse bezeichnen möchte, wie z. B. Demonstrationen gegen die neue Reichsfahne, chauvinistische Reden und Zeitungsaufsätze, Organisationen, die chauvinistischen Zwecken dienen, Segnetzen von Provokateuren usw., gewinnen ein anderes Aussehen, angesichts dieses Attentates oder dieser Attentate. Man wird all diesen Dingen etwas mehr Aufmerksamkeit schenken müssen als bisher. Und wenn über Kleinigkeiten geklagt wird, dann wird man darauf nicht so leicht hören. Hinter manchen von diesen Dingen steht mehr, als die Oberfläche vermuten läßt. Aber alle diese äußeren Maßnahmen, die sich mit den Symptomen beschäftigen u. die innere Ursache unbeeinträchtigt lassen, können natürlich nicht helfen. Das deutsche Volk hat in sich selbst moralisch verlumpte und verlotterte Elemente zusammenkommen lassen, ohne sich viel darum zu kümmern. Leute, die eine Kulle Sekt tranken, aus Freude über einen politischen Mord, der ihnen paßt, sind moralisch verlumpt und wenn sie adelige Namen tragen; Leute, die per „Schwein“ von dem Opfer eines politischen Mordes reden und ihre Freude über das Verbrechen ausdrücken, sind moralisch minderwertige Elemente, auch wenn sie einmal rote Streifen in den Soldatenhosen getragen haben, Leute, die eine ausgelassene Freude über solche Mordtaten äußern, sind moralisch verlottert, auch wenn sie über Millionen verfügen und im Auto in der ganzen Welt herumrutschen können.“

### Beschlagnahme Zeitungen.

Auf Grund der vom Reichspräsidenten erlassenen Ausnahmebestimmung wurde eine Nummer der „Deutschen Post“ wegen eines Artikels „Schwarz-Rot-Schwarz“, der die neue Reichsflagge verächtlich macht, und eine Nummer des „Deutschen Wochenblattes“ wegen eines aufreizenden Artikels über den Reichsminister Rathenau beschlagnahmt.

### Deutschland und der Völkerbund.

Im Unterhause erklärte Lloyd George auf die Frage, wie sich die britische Regierung zu der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stelle, diese Frage berühre nicht England allein; in erster Linie gehe sie Deutschland selbst an. Aber soweit die britische Regierung von dieser Angelegenheit berührt wird, werde sie einen Vorschlag, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, unterstützen.

### Das Erinnerungsbuch des Erkaisers.

Die „Frankf. Bl.“ schreibt: „In der vorigen Woche brachten Berliner Blätter Mitteilungen über Veröffentlichung der Memoiren des letzten deutschen Kaisers, die demnächst erscheinen sollen. In unserer Darmlosigkeit dachten wir zuerst, es sei doch

### Max Büttner-Fest im Landestheater.

Man schreibt uns: Zu einer in ihrer Schlichtheit umso eindrucksvolleren Feier versammelte sich am Samstag Mittag um 11 Uhr mit dem Intendanten das gesamte künstlerische und technische Personal des Landestheaters auf der Bühne, um dem berechnungswürdigen Künstler und hochgeschätzten Kollegen Max Büttner zu seinem vierzigjährigen Bühnenjubiläum durch beglückwünschende Ansprachen und Ehrengaben die Gefühle wärmster und freudigster Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen, die alle zu dieser Stunde zu einer einmütigen Huldigung zusammenschloß.

Nachdem der Jubilar unter den Klängen des Chorgesanges: „Dies ist der Tag des Herrn“ den für ihn errichteten erhöhten und blumengeschmückten Ehrensitz eingenommen hatte, nahm Herr Ministerialrat Dr. Darting, der als Vertreter des Unterrichtsministeriums und des Verwaltungsrats des Landestheaters erschienen war, als Erster das Wort. Er dankte dem bedeutenden Künstler und charaktervollen Menschen für die in einer Reihe hervorragender Kunstleistungen offenbarte vorbildliche Auffassung von dem hohen Ernst des Künstlerberufs, wie für die nie wankende Pflichttreue im Dienste unseres Instituts, dem Max Büttner als einer der vornehmsten und zuverlässigsten Träger und Bewahrer der großen Karlsruher Bühnenkultur angehört. Nur aus dem auch in dem Jubiläum verkörpernden Geist opferwilliger, unermüdlicher und uneigennützigster Hingabe an seinen hohen Beruf könne, wenn er zum überbrückenden Geheiß für alle in gleicher Richtung Wirkenden werde, der geistige Wiederaufbau unseres schwer ringenden Volkes geschehen. Darum möge es Max Büttner vergönnt sein, noch lange in ungebrochener Gestaltungskraft zum Ruhme des Landestheaters und seiner Zukunft als ein aufrechter Bannerträger dieses Geistes zu schaffen.

Daran knüpfte Herr Intendant Robert Bollner in seiner Ansprache an das erste Auftreten Büttners als „Jax“ in „Jax und Zimmermann“ an und feierte ihn als einen der seltenen Künstler, der die geistige Durchdringung seiner Schöpfungen auf dem Boden der gewissenhaftesten Pflege seiner künstlerischen Ausdrucksmittel, durch vorbildliche Deklamation und weise Ökonomie der Stimme erstrebe und erreiche. In ihm lebe das, was aller echten Kunstleistung erste Bedingung sei: Die Ehrfurcht vor dem Kunstwerk, an dem er mitbesteht. An ihm bewähre sich darum auch die Wahrheit des Schillerworts:

„In der Glut des Gesanges entflammte des Hörers Gefühl, An den Hörers Gefühl näherte der Sänger die Glut.“

Als Hiebe und Vorbild des Künstlerstandes stehe Max Büttner vor uns und dürfe morgen am „Meisterfänger“ Abend gewiß sein, daß Sachsens-Struch:

„Such' vor der Ehr' ich zu bestehn,  
Sei's mich von Euch geliebt zu sehn“  
in aller Herzen den wärmsten Widerhall wecken werde.

In gleichem Gedankengange rühmte auch Herr Operndirektor Cortez die unermüdeten Weistänger, dem das Verdienst gebühre, an der Erhaltung der künstlerischen Kultur unserer Opernbühne in erfolgreichster Arbeit mitzuwirken. Und mit Nachdruck betonte der Redner, daß unter den lebenden Opernkünstlern Max Büttner wahrlich der einzige sei, der nach vierzigjähriger ununterbrochener Tätigkeit noch im ungeschwächten Besitz seiner glänzenden künstlerischen Mittel wirke.

Felix Baumhach wies auf das innere Verhältnis Büttners zur Schauspielkunst hin, der als Mann der Opernkunst ein geradezu leidenschaftliches Interesse für jene betunde und dadurch beweihe, wie tief sich der Menschengestalter Max Büttner der wurzeltaften künstlerischen Zusammenhänge bewußt ist u. aus ihnen zu schöpfen weiß. Künstler wie Büttner wissen darum auch, daß sie einer Gemeinschaftskunst dienen und daß jede egoistische Zielsetzung eine Sünde an ihrem heiligen Geiste ist. Diese Erkenntnis zeichne Max Büttner in seltenem Maße aus und das sei in tiefstem Sinne die Quelle seiner künstlerischen Kraft.

Für den Operndirektor und das Ballett sprach sodann Herrmann Lindemann, dem sich für das Orchester Herr Kammermusiker Grimme und für das technische Personal Herr Direktor Meyer angeschlossen. Namens des Solopersonals überreichte Hans Duffard mit launigen Worten eine blumenumrannte Lederfremmappe. Die „Vollsbühne“ legte durch Herrn Direktor Hans Blum eine wertvolle Reliefplastur als Zeichen des Dankes nieder, den die 11 000 Mitglieder der „Vollsbühne“ für den glänzenden Künstler empfinden. Und Franz Scherdt enthielt ein von ihm selbst gemaltes Bild, das den Jubilar als Hans Sachs darstellt und ihm von seinem Lehrbuben „David“ in Liebe und Dankbarkeit gewidmet sei.

In einfachen, zu Herzen gehenden Worten, dankte nunmehr der also Gefeierte für alle ihm entgegengebrachten Beweise der Liebe, Freundschaft und Anerkennung, dankte insbesondere auch dem Intendanten für die Art, wie er in seinem amtlichen Bal-

ten immer den Weg zum Herzen des Künstlers, zu dem Menschen im Künstler, zu finden wisse und so das gegenseitige Verständnis zwischen Bühnenleitung und Personal zu fördern sich bemühe. Allen Kollegen und am „Wau“ Beschäftigten aber leiste er in dieser Stunde das feierliche Versprechen, auch fernherhin zu bleiben, was und wie er war: ein nachsamer Mitbeschützer des „Baus“ und seines Heiligstümes und ein treuer Kollege, nach dem Grundsatze: „Einer für Alle, Alle für Einen“.

Nach nun folgender allgemeiner Begrüßung schloß die schöne, vom Geiste echter Kameradschaft erfüllte Feier zu Ehren Max Büttners.

### Musikkritik.

#### Kammerkonzert.

Bereits in früheren Jahren veranstaltete die bekannte hiesige Geigerin Margarete Schweitzer, die uns auch manches musikalisch wertvolle Lied geschenkt hat, in ihrem elterlichen Heim Hauskonzerte, die neben alten, wertvolleren Kammermusikwerken auch mit erlebener zeitgenössischer Literatur bekannt machten. Sie waren aber nicht der Öffentlichkeit zugänglich, und darin unterschieden sie sich von dem kürzlich stattgefundenen, das konzertierenden Künstlern den Weg zeigen will aus der großen wirtschaftlichen Notlage des bisherigen Konzertbetriebes heraus. Aus solchen Kammermusikabenden im intimen Raum werden die Freunde guter Hausmusik viel Anregung empfangen können. Ein Gewinn nach dieser Seite hin war das Kammertrio für zwei Violinen und Klavier von Joseph Haas, das den Künstlern äußerlich dankbare Aufgaben stellt. Die Schreibweise ist klar, der musikalische Gehalt speziell des ersten und zweiten Satzes groß, so daß man dem geist- und humorvollen Werke gerne wieder begegnet. Margarete Schweitzer, Elisabeth Noritz und Kammermeister Ottomar Boigt brachten das Werk mit starker Einfühlung zu Klang und Leben. Des weitest hörte man ein Kammertrio von Handel in großer tonlicher Schönheit von den genannten Künstlern vorgetragen und zum Schluß das bekannte „Dur-Trio von Beethoven, zu dessen Darbietung sich die beiden Damen mit Paul Trautwetter vereinigt hatten. Von Trübungen in der Intonation abgesehen, konnte die Wiedergabe reiflos befriedigen. Der Besuch war sehr gut.

Vom Landestheater: Ludwig Unger wurde als 1. jugendlicher Held und Liebhaber nach Dresden verpflichtet.

wohl nicht gut möglich, daß Wilhelm II. aus seinem Erinnerungsbuch ein Dollargeschäft mache. Aber die Mitteilungen werden bestätigt. Der Direktor des amerikanischen Verlagshauses Harper, der sich in Berlin aufhält, sagte einem Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag“, daß der Kaiser für sein Buch von Harper 250 000 Dollar fest und außerdem eine Lantime erhalten, die wahrscheinlich eine halbe Million Dollar ergeben werde, was in heutigem deutschen Gelde eine Viertelmilliarde oder immerhin drei Millionen Goldmark ausmacht. An Rudendorff für dessen Memoiren hat seinerzeit derselbe Verlag 10 000 Dollar und 15 Prozent Lantime gezahlt. Das Kaiserliche Buch erscheint zuerst in fünfzehn amerikanischen Zeitungen; später dann wird auch die deutsche Ausgabe herauskommen. Nun ist es zwar nicht so, daß man das Buch Wilhelms II. nicht erwarten könnte, aber nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß sich auch der frühere Kaiser auf den Standpunkt stellt: erst das Geschäft, dann das Volk, dessen Monarchie es war. Es kommt hinzu, daß der Verlag Harper nichts weniger als deutsch-freundlich ist. Aber Geschäft ist Geschäft. Rudendorff hat es so gemacht, andere desgleichen, und nun auch Wilhelm II. vereinst Kaiser. . . Nicht genug, daß diese Leute Deutschland ins Unglück geführt haben, verdienen sie auch noch daran. Das ist ihr Begriff von deutscher Würde. Das Volk hat einen andern.

## Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 27. Juni.

Präsident Wittemann eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Haus und Tribüne sind gut besetzt.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnl.) begründet eine förmliche Anfrage, betr. des Attentats auf Scheidemann. Er spricht in diesem Zusammenhang von unberechtigten Unterstellungen gegen die Deutschnationalen. An geschickte Maßnahmen denke man nicht, sondern an einen Appell an Vernunft und Gerechtigkeit. (Lachen links). Das deutsche Volk sei im Verfall. Der Vertrag das Opfer von Fälschungen geworden. Es wäre eine Aufgabe der Regierung, aufklärend zu wirken, um das Volk zu beruhigen.

Minister des Innern Kemmele antwortet: Was wir in der ersten Stunde gehört haben, ist ein Stück Propagation. Mit der untern 12. Juni gestellten Anfrage wurde gleichzeitig Strafentwurf gegen den „Volkstreu“ beantragt. (Hört! hört!). Es vergeht keine Woche, wo nicht in der deutschnationalen Presse die schmerzlichen Angriffe gegen die Mitglieder der Regierung, die Republik und die Bestrebungen der Koalitionsparteien zu finden sind. Man sollte aber die Frage stellen: Wie lange läßt sich die gegenwärtig herrschende Macht dieses Spiel gefallen. Wie kommt die deutschnationalen Volkspartei dazu, den Landtag zu einem Urteil über den „Volkstreu“ aufzurufen. Wir durchleben jetzt eine Zeit, wie wenige Wochen vor dem Kappstich und wenige Wochen vor dem Erzbergermord. Welche Kreise der rechtsstehenden Volksteile glaubten den Augenblick zur Wiederherstellung der Monarchie für gekommen. Geht diese Propaganda so weiter, dann muß sie zur Explosion führen. In Heidelberg und in anderen Städten hat man die schwarz-rot-goldene Fahne heruntergeholt und verbrannt. Wundert man sich nun über die Reife anlässlich der Ermordung Rathenaus, u. über Vorkommnisse, wie sie sich in Freiburg und in den letzten Stunden hier zugetragen haben. Wir haben von deutschnationaler Seite, die doch großen Einfluß besitzt, nie ein warnendes Wort gehört. Der evang. Oberkirchenrat hat am Schließertag die alte Reichsfahne herausgehängt, dies aber gestern und heute klugerweise unterlassen. (Lachen rechts). Wollen Sie gegen die evang. Landeskirche gehen? Lebhaftes Hört! Hört! im ganzen Hause). Der Minister fährt fort: Ich hebe nicht, will aber den verantwortlichen Personen die Wahrheit ins Gesicht sagen. In gewissen Zeitabschnitten erleben wir die unerhörtesten Angriffe seitens deutschnationaler Abgeordneter auf Reichsregierung und Republik, so auch vor der Ermordung Rathenaus einen starken konzentrierten Angriff seitens des wüstesten Wortführers der Deutschnationalen, Helfferich. Was Wunder, wenn moralisch schwache Personen dem Eindruck dieser Propaganda unterliegen und schließlich zur Mordwaffe greifen. Scheidemann gehört auch zu den Politikern, die wegen ihrer Tätigkeit beim Ansturz schwer gehaßt sind. Der Minister sagte zum Schluß: Wir zeigen nicht nach dem Vertrauen der Deutschnationalen, denn dies würde uns auf die schiefe Ebene bringen. Wir gehen aber auch nicht nach der Liebe der Partei des Abg. Bod, denn beide Teile haben nach besten Kräften das Ansehen der Republik zu schädigen gesucht. (Zustimmung). Bezüglich der Mörder trifft die Schlussfolgerung des Reichstanzlers zu. Sie sind das Produkt einer bestimmten Hege. Dem Rat der Deutschnationalen müssen wir ein „nein“ entgegensehen, weil wir fest davon überzeugt sind, daß die Dinge nicht so weiter gehen dürfen. Regierung, Parlament und Mehrheitsparteien, müssen endlich klar darüber sein, daß sie im Anschlag an die Ermordung bedeutender Männer verpflichtet sind, jetzt ernstlich daran zu gehen, jenen Teil von Aufbaubarbeit zu leisten, der die Republik zu sichern imstande ist. Das Vorgehen der Reichsregierung berechtigt zu der Hoffnung, daß dies sofort zu einem Teil erfolgen kann. Die Länderregierungen ihrerseits werden auch das nötigste tun.

Abg. Marum (Soz.) eröffnet die Besprechung. Schwamlose deutschnationaler Hege schaffe die Luft für den politischen Nord. An die Enttäuschung der Gegenseite glaube er nicht. Das Bürgerturn dürfe nicht mehr in den Schlaf zurückfallen. Die Revolution sei noch nicht vorbei. Der neugebildete Staatsgerichtshof möge eine Warnung für die Richter sein. Auch in den Schulen, vor allen den Hochschulen, muß ein neuer Geist einziehen. Der Opfertod Rathenaus kann das eine Gute haben, daß er unser Volk aufrüttelt, auf daß es in Einigkeit einer besseren Zukunft entgegengeht. Während und nach den Ausführungen des Redners kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten einerseits und Deutschnationalen andererseits.)

Abg. Dr. Schöfer (Zr.): Die letzten Ereignisse zeigen uns, daß letzten Endes unser Vaterland, unsere Staatsordnung auf dem Spiele steht. Das Schreckliche des Bürgerkrieges ist nicht auszumalen. Man teilt das Volk zu Unrecht in Vaterlandsfreunde und „vaterlandslose Gesellen“, und was müssen sich

die Mütter von der Regierung in der deutschnationalen Presse gefallen lassen. Redner verweist auf Auslassungen der „Süd-deutschen Zeitung“, die u. a. vom „Dilettantismus des Reichstanzlers Dr. Wirth“ sprach. Männer, die ausweisen müssen, was andere verschuldet haben, sollte man mit derartigen hoch-näufigen und entwürdigenden Kritiken nicht begegnen (Lebhafter Beifall im Hause und auf den Tribünen). Das ist nicht nur ein Verbrechen an der Ehre aufrechter Männer, sondern auch ein Verbrechen am Vaterlande. Der Redner verurteilt weiterhin den deutsch-bölkischen Radikalismus, der das Wort von der Judenregierung prägte. Man hat den Antisemitismus hinübergeleitet auf die Reichsregierung, um diese zu diskreditieren. Diese Stimmung finden wir in der „Süd-deutschen Zeitung“. Wie Rathenau, so steht auch Erzberger rein vor uns. Wenn einer unschuldig verfolgt wurde, so war es Erzberger. (Zustimmung). Man hat sich nicht geschaut, nach dem Morde an Erzberger noch anonyme Briefe an die tiefbewegte Witwe zu richten. (Allgemeines „Hui“). Wohin kommen wir, wenn durch eine solche Erziehung zu fluchwürdigen Verbrechen die Fundamente eines Staates untergraben werden? Durch die Schüsse auf Rathenau wurde auf Jahrzehnte hinaus die deutsche Volkswirtschaft um Milliarden geschädigt. Nicht minder groß ist der moralische Schaden im Auslande. Freude an dieser Politik haben nur die Franzosen. Ich möchte nur eines wünschen, daß die Deutschnationalen zwischen den extremen deutsch-bölkischen Kreisen einen breiten Strich ziehen. (Zuruf: „Darauf können Sie lange warten!“). Wenn wir die Maßnahmen der Regierung billigen, so geschieht es aus dem Grunde, daß wir am Leben des Staates an sich die Tat Anteil nehmen müssen. Auf den Hochschulen muß man endlich erkennen, daß die neue Zeit durch die Verfassung von Weimar vorgezeichnet ist. — Nun noch eine Frage, die ich allerdings nicht beantworten kann. Wer wird das nächste Opfer sein? Möge es trotz allem gelingen, das Staatsstift über die schweren Klippen hinwegzuführen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Wir verurteilen auf das schärfste alles von links und rechts unternommen, um den Bestand der Republik zu gefährden, besonders aber den politischen Mord. Nur auf dem Boden der demokratischen Republik ist der Wiederaufbau möglich.

Staatspräsident Dr. Hummel nimmt den Minister Kemmele dagegen in Schutz, daß er den evangelischen Volksteil angereizt wolle. Bemängelt habe er lediglich das Herausheben der schwarz-weiß-roten Fahne, womit viele evang. Volksteile sicher nicht einverstanden sind.

Justizminister Trunt stellt fest, daß die Behauptung des sozialdemokratischen Abgeordneten Bels, daß der Staatsanwalt im Killingerprozeß einen wichtigen Zeugen zurückgewiesen habe, unbegründet ist.

Abg. Freidhof (USP.) spricht in scharfer Polemik gegen die Deutschnationalen. Die Regierung muß endlich an die Säuberung des Beamtenheeres herangehen.

Präsident Wittemann teilt mit, daß folgender Antrag der Koalitionsparteien eingegangen sei:

„Der Landtag vertraut darauf, daß die Regierung im Verein mit der Reichsregierung alles tut, zum Schutz der Republik, der Verfassung und zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung.“

Justizminister Trunt bemerkt gegenüber dem Abg. Freidhof (USP.), daß Organe der Justizverwaltung in der Mordsache Erzberger das vollste Maß ihrer Pflicht taten und noch tun.

Abg. Weber (D. Rp.) sieht in der Ermordung Rathenaus eine verabscheuungswürdige und wahnsinnige Tat. Eine einzelne Partei könne dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Die Behauptung, daß Gelder der Schwerindustrie dazu dienten, müsse als unbegründet zurückgewiesen werden. Einverständnis findet er mit dem, daß die gegen den Geist der Staatsgesetzgebung ergozogen werde. Wir verurteilen den Antisemitismus ebenso wie die politische Mordagitation.

Abg. Kläber (Landbund) verliest eine Erklärung, wonach der Landbund den politischen Mord entschieden ablehnt.

Abg. Schmidt-Bretten (Dnl. Rp.) weist es von sich, daß die deutschnationalen Presse für den Mord an Rathenau verantwortlich sei. In den Kreisen der Deutschnationalen denke niemand daran, die Verfassung gewaltsam zu ändern. Die Abg. Maier-Heidelberg und Dr. Kullmann (Soz.) machen kurze Bemerkungen.

Die Abg. Bod (Komm.) und Freidhof (USP.) erklären, daß sie zu der Regierung kein Vertrauen hätten und sich der Stimme enthalten.

Abg. Mayer (Dnl. Rp.) gibt die Erklärung ab, daß seine Partei Stimmhaltung über, weil der Antrag eine Spitze gegen die Deutschnationalen enthalte.

Der Antrag wird sodann mit großer Mehrheit angenommen. Die nächste Sitzung wird morgen vormittag 9 Uhr abgehalten. Schluß nach 9 Uhr.

DZ. Karlsruhe, 28. Juni.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die förmliche Anfrage der Kommunisten betr. Regimentstage und national-sittliche Kundgebungen, welche Abg. Bod begründet. Die badische Regierung habe gegenüber der monarchistischen Propaganda verfaßt. Redner fordert die Volkstreu.

Minister Kemmele antwortet, er vermisst in der Rede Bods ein Eingehen auf die Erfahrungen mit den Regimentstagen und auf die Rechtslage. Ein dauerndes Verbot der Regimentstage könne nur durch Reichsgesetz erfolgen. Wer gerecht urteilen wolle, müsse zugestehen, daß die letzten Veranstaltungen dieser Art, abgesehen von zwei rechnerischen Entgleisungen beim Fest der 100er und letzten Sonntag in Freiburg, sich durchaus an unsere Anweisungen hielten. Es entging uns aber nicht, daß in neuerer Zeit der Deutsche Offizierbund und ihm nahestehende Herren für diese Regimentstage ein großes Interesse zeigten. Im Ausland könnte bei häufiger Wiederholung der Eindruck entstehen, als ob es sich um eine Heerzucht von Menschen handelte, die zu jeder Stunde bereit wären, für die Umgestaltung der derzeitigen Verfassung einzutreten. Soweit Baden in Frage kommt, weisen aber die Teilnehmer der Regimentstage in ihrer erdrückenden Mehrheit diesen Verdacht weit von sich. Die Reise Hindenburgs und die Ausübung solcher Persönlichkeiten sind allerdings ein Symptom für die große Gefahr, die der Nähe unseres Reiches droht. Starke Bedenken erwecken ferner die Meldungen über verschiedene Sonnenwendfeiern. Das Reich hat inzwischen die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, Regimentstage zu verbieten. Die Vorwürfe gegen die badische Regierung muß ich zurückweisen.

Der Minister fährt fort: In der Reichswehr müsse wohl manches Unerfreuliche die Kritik vertragen, aber ihre Führer hätten sich in gefährlichen Zeiten für die Republik erprobt. Der Abg. Bod habe die Teilnahme des früheren Großherzogs

an der Freiburger Regimentstage bemängelt. Böher sollte aber die Regierung das Recht nehmen, einem Privatmann, wie es doch der Großherzog ist, Schwierigkeiten zu bereiten. Die Polizei in Baden tue pflichteifrig ihren Dienst und stehe in einem erträglichen Konnex zur Bevölkerung. Bei den gefrigen Vorgängen in Karlsruhe hätten sich die Polizeiorgane vorichtig und zurückhaltend benommen. Nicht mehr ruhig zu sehen konnten sie aber, als damit begonnen wurde, in die Wohnungen einzudringen, die Möbel zu zerbrechen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Wollten wir solches gedulden lassen, so würde dies die Auflösung aller staatlichen Ordnung bedeuten. (Lebhaftes Beifall). Auf die Meinung des Abg. Bod über die Beamtenzersehung trifft nicht zu. Der allergrößte Teil unserer Beamenschaft, höhere, mittlere und untere, gleichviel, welcher Partei er angehört, stellt sich in Erfüllung seiner Pflicht durchaus loyal zur Republik. Dabei verhehle ich nicht, daß wir uns mit Einzelfällen zu beschäftigen hatten, die vom Gegenteil zeugten. Leider gibt uns das Beamtengefeß nicht die Möglichkeit, in der Abwehr schneller zu sein. Der Minister schließt, zum Abg. Bod gewendet: Wir müssen zum Schutz der Republik zusammenstehen, helfen auch Sie mit, seien Sie etwas maßvoller und zeigen Sie die Ihnen nicht genehmen Persönlichkeiten etwas weniger scharf herunter.

Minister Trunt nimmt die badische Justiz gegen die Angriffe des Abg. Bod in Schutz. Man sollte endlich aufhören mit dem fortgesetzten Verbrennen des badischen Richterstandes. Den Offenburger Geschworenen im Killingerprozeß mache er keinen Vorwurf, wenn er auch persönlich der Meinung sei, daß Killinger von jeder Strafkammer zum mindesten wegen Begünstigung verurteilt worden wäre. Der Freispruch sei aber kein Freibrief gewesen. Das ganze Verfahren beweist, wie sorgfältig und gründlich die Organe der Justiz gearbeitet haben. Der Minister bedauert unter lebhafter Zustimmung die Abtrennung des Geheimbundprozesses vom Killingerprozeß. Der Prozeß habe uns die Mörder in einer Weise gezeigt, daß niemand mehr im Lande an ihrer Täterschaft zweifelt. Das In- und Ausland habe über beide das Urteil gesprochen. Während das deutsche Volk, das sie „retten“ wollten, sich in größter Not befindet, lebten sie in Budapest in Sauf und Braus mit Dirnen (Hui!). Der Minister schließt mit der Bitte an den Abg. Bod, in der Kritik künftig maßvoller zu sein. Staatsanwalt und Untersuchungsrichter, die unter Gefahren mit Aufopferung arbeiteten, verdienen volles Vertrauen und Anerkennung. (Beifall).

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) wendet sich gegen die kommunistische Taktik, die der Einheitsfront gegen die reaktionären Kräfte hindernd im Wege stehe. Redner wünscht ein Notgesetz gegen böswillige Beamte.

Abg. Dr. Föhr (Zentr.) rechtfertigt die Regimentstage, soweit sie den alten Geist der Kameradschaftlichkeit pflegen. Das Erfreuliche sei gegen das Bedenkliche abzuwägen und die Zeitlage in Rechnung zu stellen. Unter diesem Gesichtspunkt könne man die Verordnung des Reichspräsidenten nur billigen.

Abg. Wilfer (D. Rp.) weist darauf hin, daß in Baden die Regimentstage ruhig verlaufen seien.

Abg. Schmidt-Bretten (D. Rp.) polemisiert, öfters von Zwischenrufen unterbrochen, gegen die Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) schließt sich dem günstigen Urteil über die Regimentstage an und gibt dem Wünsche Ausdruck, daß das Verbot für Baden nur vorübergehenden Charakter haben möchte. Die disziplinären Handhaben des Beamtengefeßes erübrigt ein Notgesetz im Sinne des Abg. Maier.

Abg. Bod (Komm.) erklärt im Schlußwort, daß er von der Antwort der Regierung nicht befriedigt sei.

Damit ist die Anfrage erledigt. Nächste Sitzung Freitag, 30. Juni, vorm. 9 Uhr. Kirchensteuerfrage, kleine Vorlagen und Anträge. Schluß 1/2 12 Uhr.

Die gestern vom Staatspräsidenten erwähnte telegraphische Teilnahmestellung des badischen Staatsministeriums an den Reichspräsidenten lautete: „Die feige Ermordung Rathenaus stellt sich als einen Angriff auf den Bestand der republikanischen Verfassung dar. Wir versichern, daß Baden in Treue zum Reich stehen wird und im Kampfe gegen seine durch die Reaktion bedrohte Existenz.“

## Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrshemmer.

Annahmeperrre nach Ruffeln, Passau, Simbach, Salzburg, Mittenwald und Lindau Übergang Richtung Österreich ist aufgehoben.

DZ. Heidelberg, 27. Juni. Vor einigen Tagen nachm. 3 Uhr kam zu dem Stadtrat Rechtsanwalt Kaufmann der Landwirt Joh. Belsch aus Sandhausen, der einen Prozeß verloren hatte, in dem Dr. Kaufmann ihn vertreten hatte. Der Landwirt verlangte von Dr. Kaufmann, der sich alleine in seinem Büro befand in aufgeregtem Tone die Herausgabe der Handakten seines Prozeßes. Als Dr. Kaufmann die Akten suchen wollte, feuerte der Landwirt hinterücks einen Schuß auf ihn ab, der fehl ging. Ein 2. Schuß prallte an einem Westenknopf ab. Bei dem sich nun entspannenden Handgemenge gab der Täter einen 3. Schuß ab, der gleichfalls fehl ging. Es gelang schließlich mit Hilfe von anderen herbeigerufenen Personen den Mordwunden zu überwinden und der herbeigerufenen Polizei auszuliefern.

DZ. Tauberbischofsheim, 27. Juni. Vorgeschießliche Ausgrabungen werden zurzeit im Ruffelwald unter Leitung des Kriminalbezugs Dr. Wähler-Heidelberg vorgenommen. Im ersten Tage wurden 3 Schädel, verschiedene Knochenstücke und eine 10er Urne vorgefunden. Vermutlich stammen die Funde aus einer Zeit von etwa 1000 Jahre vor Christus.

## Aus der Landeshauptstadt.

### Die Rathenau-Demonstration in Karlsruhe.

Zu der auf gestern nachmittag 1/2 4 Uhr von dem Gewerkschaftsamt und den drei sozialistischen Parteien einberufenen Massenkundgebung hatte sich eine gewaltige Menschenmenge auf dem Marktplatz eingefunden. Von drei Stellen aus wurden von wiederholtem Beifall und Zustimmungsrufen begleitete Ansprachen gehalten. Vom Balkon des Rathauses

aus sprach Landtagsabg. Stoll, Sekretär der Landeszentrale der freien Gewerkschaften, vom Balkon der Städtischen Sparkasse aus Stadt. Rief und vom Balkon des Hotels Große aus Gewerkschaftssekretär Lubinski. Sie geißelten alle scharf das menschenmörderische Verbrechen, das an Mathenau verübt und nicht nur seiner Person galt, sondern insbesondere der Republik. Weil er sich zur Aufgabe gemacht hatte, der Republik zu dienen, warum sei er der nationalistischen Verschwörerbande zum Opfer gefallen. Der Mord bedeute einen Anschlag auf die deutsche Republik, die Verfassung und den Volksstaat. Der Grundton der Reden war lt. „MfWd.“ überall, daß an den Mordmordenden die giftige Atmosphäre schuld trägt, die von den nationalistischen Parteien, deren Presse und Organisationen ins politische Leben hineingebracht wird. Die Mörder seien gedungene Ratten. Die schwarz-weiß-rote Flagge sei die Farbe der Rordbuben geworden. Die Arbeiterschaft müsse heute bekunden, daß sie treu zur Republik steht. Sie gelobe der Republik und der Regierung Treue, Saub und Unterstützung! Die Arbeiterschaft lasse sich den Weg nicht zertrümmern, der zum Aufstieg führe. Die deutsche Arbeiterschaft müsse die feste Stütze der Republik sein, Deutschlands ärmster Sohn sei auch der treueste Sohn der deutschen Republik.

Die Versammlung stimmte durch Handaufheben folgenden Forderungen zu: Wirkamer Schutz der Republik durch: a) Scharfe Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten, b) Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafrechts, c) Entfernung aller monarchistischen Elemente aus den Reichs- und Staatsverwaltungen sowie allen öffentlichen Ämtern, d) Amnestie für alle politischen Gefangenen. Die Kundgebung verlief in Ruhe und Ordnung. Später kam es jedoch an verschiedenen Stellen der Stadt zur Zeremonie von schwarz-weiß-roten Fahnen und von Firmenschildern mit Hoflieferantentiteln und fürstlichen Wappen. Bei der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Partei in der Waldstraße wurde der Kolladen gewaltsam emporgehoben und das Schaufenster zertrümmert, worauf eine Anzahl Leute in das Lokal eindrangen und das Mobiliar zerklügelten. Das Vorgehen gegen die Deutschnationale Geschäftsstelle ist natürlich als ein an sich bedauerlicher Ausfluß besonderer politischer Erregung zu bewerten.

Mit der Demonstration selbst haben diese Ausschreitungen unverantwortliche Elemente nichts zu tun. Die an sich begriffliche Entrüstung über diese Vorkommnisse darf uns aber unter keinen Umständen von der Erreichung des großen Zieles abhalten.

### Eine studentisch-nationalistische Mathenaufeier am Grtisch.

Unter dieser Überschrift schreibt der hiesige „Volksfreund“: „Daß der Herd der nationalistic-antidemokratischen Reaktion mit in den studentischen Verbindungen steckt, ist eine seit langem bekannte Tatsache. Die Unversitätsbehörden wissen davon, dulden aber den Unfug, weil ein Teil der Professoren selbst in diesem Fahrwasser schwimmt. Gestern wurde aber der Polizei Gelegenheit gegeben, ein studentisches Saufgelage zu stören, das gelb- und grünbemühte Studenten, allem Anschein nach speziell anlässlich der Ermordung Mathenaus am Grtisch der alten Brauerei Kammerer (Waldhornstraße) veranstalteten. Die Sache war derart skandalös, daß die umstehenden Gäste daran Anstoß nehmen mußten. Der Wein floß dabei in Strömen und da der Tod Mathenaus schon etwas wert ist, ließen die Herren einen Liter nach dem anderen anfabern. Sie haben es ansehnlich dazu. Die Stimmung wurde immer animierter und da ständig die Worte „Mathenau“ und „Grabrede“ vom Tische der Studenten durch das Lokal schwirren, wurden die übrigen Gäste aufmerksam. Für den politisch Interessierten konnten keine Zweifel bestehen, um was es sich handelte, zumal als die Herren einander mit Herunternehmen der Mützen „borlamen“, und verschiedentlich nach einem kräftigen „Aufschluß“ dazu bemerkten: „Offentlich wird er nicht mehr lebendig!“ Blödsinnig zog einer von ihnen, ein Grün-Bemühter, ein Papier aus der Tasche und verlas unter Gelächter und Gejohle der anderen eine Grabrede auf Mathenau, die eine Gesinnung verrät, die an Rache und Gemeinheit nicht mehr überboten werden kann. Die sogen. „Grabrede“ verhöhlte Himmel, Jesus und Petrus und lief dem Sinne nach auf folgenden Schluß hinaus:

„Blödsinnig kam ein großer Gestank auf die Himmelstüre zu und Petrus fragte: „Was ist das?“ Es wurde ihm geantwortet: Das ist Mathenau! Bravo! riefen die Engel, hoffentlich kommt Birich auch bald!“ Es wurde die Polizei be nachrichtigt, die anerkennenswerterweise sofort mit einem größeren Aufgebot erschien und die

ganze Gesellschaft auf die Polizeiwache am Mendelssohnplatz nahm, wo ihnen erklärt wurde, daß sie vorläufig festgenommen seien, bis der inzwischen durch Telefon herbeigerufene Oberbeamte der politischen Abteilung, ein Polizeioberleutnant, den Tatbestand festgestellt hat. Zwei in der nächsten Nähe des betreffenden Tisches sitzende Zeugen wurden ebenfalls aufgefordert, auf die Wache zu kommen. Dort benahmen sich die Studenten durchaus „kommentarmäßig“, indem zwei von ihnen den Abort sowohl wie die Wachsfiguren der Mannschaft gründlich beschmutzten.

Als Prediger der Grabrede bezeichnete sich ein gewisser Student Stolz (grüne Mütze), der mit dem Aneipnamen „Jäger“ benannt wurde. Eine gründliche Taschensrevision bei ihm nach dem schriftlichen Text der „Grabrede“ ergab, daß derselbe doch noch soweit auf dem Damm war, daß er begriff, daß er den Zettel mit dem Text der Grabrede verschwinden lassen muß. Er mußte die Grabrede auswendig schriftlich wiedergeben, ließ aber dabei die Schlusssätze, die er zuvor laut vorgelesen hat, weg. Es wird ihm aber wohl gegebenenfalls nicht viel nützen, da Zeugen vorhanden sind, die die markanten Sätze, die das Saufgelage charakterisierten, deutlich gehört haben. Der Herr wollte die Sache möglichst harmlos hinstellen, bezeichnete sich als „Antisemit“, der sich nur immer in demselben Lokal das Vergnügen mache, anwesende Juden zu ärgern.

Die Abführung der Studenten unter starker polizeilicher Bedeckung erregte natürlich großes Aufsehen in dem besetzten Wirtshaus und auf der Straße. Nach der Rotofolierung wurden sie wieder entlassen, gestern abend aber erneut verhaftet, und das weitere wird sich finden.

Schon rein menschlich genommen ist es ein Skandal und ein trübes Zeichen einer ungemein rohen Gesinnung, einem auf der Totenbahre liegenden Mann in dieser Weise zu verhöhnen. Die Gesinnung dieser Leute dient aber einer Richtung, mit der sich das deutsche Volk zurzeit in ernster Weise auseinandersetzen muß. Darüber sollten sich die Herren klar sein.“

Seitens des Ausschusses der Studentenschaft der Technischen Hochschule ist uns folgende Erklärung zugegangen:

„Die Karlsruher Studentenschaft verurteilt das in Nr. 146 des „Volksfreund“ vom 27. Juni mitgeteilte Verhalten einiger Studierender bei einem Frischhopsen in der alten Brauerei Kammerer, falls sich jene Nachricht als zutreffend erweisen sollte, auf das Schärfste.“

Zur Klarstellung des Falles ist eine Disziplinaruntersuchung beantragt worden. Die betroffenen Verbindungen haben dem Ausschuss der Studentenschaft mitgeteilt, daß bis zur Aufklärung des Sachverhaltes jede Beziehung mit den beteiligten Studierenden gelöst worden ist.

## Staatsanzeiger.

### Änderungen im Eisenbahnverkehr.

Auf 1. Juli 1922 treten folgende Änderungen im Eisenbahnpersonenverkehr ein:

Für das gesamte Netz der Deutschen Reichsbahn werden **Reichsbahn-Regularen** für 30 und 45 Tage ausgegeben.

**Arbeiterzufahrtarten** werden während der Dauer der Wohnungsnot auf Entfernungen bis 160 Km., in Ausnahmefällen mit Genehmigung der Eisenbahngeneraldirektion bis 260 Km. ausgegeben, an die gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen (Beamte, Angehörige der Reichswehr, Angestellte und Arbeiter) sowie an Beamtenanwärter, Lehrlinge und andere zur Berufsausbildung beschäftigte Personen, und zwar an:

Verheiratete zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort des Ehegatten, Verwitwete und Geschiedene zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Ort, wo sie mit ihren unehelichen Kindern einen gemeinsamen Haushalt führen, Unverheiratete zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort der Eltern, Elternlose unter 21 Jahren erhalten die Karten nach dem Wohnort der Erzieher.

Für **Binnenfahrten** werden in Berücksichtigung der Eigenart dieses Verkehrs besondere Arbeiterarten ausgegeben.

Auf **Sonntagsrückfahrkarten** ist der Übergang von der 4. Klasse in die 3. Klasse nicht mehr statthaft. Wer über die Zielstation seiner Sonntagsrückfahrkarte hinausfährt und sich unangefordert meldet, hat einen Zuschlag von 3 M. zu dem tarifmäßigen Preis, jedoch nicht mehr als das Doppelte dieses Preises zu zahlen. Wer die rechtzeitige Meldung unterläßt, hat den doppelten Fahrpreis für die ohne Fahrkarte be-

fahrene Strecke, mindestens aber den Betrag von 20 M. zu entrichten.

Nähere Auskunft erteilen die Auskunftsstellen und Fahrkartenaussgabestellen.

### Die Festsetzung der Umlage zur Deckung der Kosten der Gebäudeversicherungsanstalt für das Jahr 1921.

Im Jahre 1921 haben betragen:

a. Grundentschädigungen einschließlich Zuschlag für die im gleichen Jahre bezahlten Entschädigungen	29 916 956,35
b. Entschädigungen gemäß § 31 des Gebäudeversicherungs-gesetzes	65 573,95
c. Freiwillige Entschädigungen gemäß § 2 Absatz 3 des Gebäudeversicherungs-gesetzes	637 545,—
2. die Verwaltungskosten:	
a. Verwaltungsrat	21 045,55
b. Bezüge der planmäßig angestellten Beamten	258 835,55
c. Bezüge der nichtplanmäßigen Beamten u. sonstige persönliche Ausgaben	147 248,40
d. Ruhe- u. Versorgungsgehälter	34 144,10
e. Tagegelder, Reise- und Umzugskosten	24 172,75
f. Sachliche Amtskosten und Versendungskosten	101 070,54
g. Kosten der Gebäudeeinschätzungen und der Schadensabschätzungen	2 690 365,16
h. Prozeßkosten und öffentliche Ausgaben, Bauaufwand	11 174,90
i. Zinsen für Passivkapitalien	587 372,08
k. Ausgaben für gemeinnützige Zwecke an die Staatskasse	264 423,72
l. Verschiedene u. zufällige Ausgaben, Abgang an Einnahmeverzinsen	131 369,05
	4 271 221,80
	34 891 297,10

3. Zur Deckung der gesetzlichen Zuschläge zu den noch auslagerechten Entschädigungen sind unter der Annahme eines durchschnittlichen Zuschlages vom dreißigfachen der Grundentschädigung erforderlich

Davon gehen ab:	
1. Abgang an Ausgabeverzinsen	16 864,04
2. Einnahmen:	
a. Zinsen aus angelegten Kapitalien	315 936,32
b. Ertrag der Dienstgebäude	6 734,10
c. Verschiedene und zufällige Einnahmen	31 987,13
	371 521,59
Ungebedelter Aufwand	201 952 258,61

Diesem Betrag sind zugurechnen: 6 058 567,76 3% Einzugskosten 208 010 826,37

Gesamtumlagebedarf welcher gemäß § 57 des Gebäudeversicherungs-gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 7. Oktober 1912 durch Umlage im Jahre 1922 zu decken ist.

Nach § 56 des Gebäudeversicherungs-gesetzes ist der Umlagefuß für sämtliche Gebäude gleich. Die Gesamtversicherungssumme der Gebäude nach dem Stande vom 31. Dezember 1921 beläuft sich auf rund 6 000 000 000 M. Danach würde sich die Umlage von 100 M. Versicherungssumme auf 347 Pfennig berechnen.

Auf Grund des § 61 Absatz 1 und 2 des Gebäudeversicherungs-gesetzes in der Fassung vom 4. August 1920 wird mit Zustimmung des erweiterten Verwaltungsrats zur Verringerung des für guttatsweise Entschädigungen weiter erforderlichen Aufwands und zur Erhöhung des Betriebs- und Ausgleichungsfonds die Umlage auf 4 M. von 100 M. Versicherungssumme festgesetzt.

Die Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen der Gebäudeversicherungsanstalt für 1921 wird veröffentlicht, sobald die entgültigen Rechnungsergebnisse vorliegen.

Karlsruhe, den 23. Juni 1922.  
Badisches Ministerium des Innern.  
R e n n e l e. Freig.

## Badisches Landestheater.

Donnerstag, 29. Juni. 7-10 Uhr. 35 Mk.

### Volksbühne N. I.

Zum erstenmal:

## Die Weber.

Schauspiel aus den vierzigern Jahren in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

## BAUBUND-MÖBEL

in bewährter Güte  
und reicher Auswahl  
zu angemessenen Preisen  
gegen Barzahlung  
oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:

KARLSRUHE, Karlsruherstr. 22  
FREIBURG, Kaiserstr. 27  
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt  
PFORZHEIM Theaterstr. 15  
OFFENBURG, Steinstr. 2  
MOSBACH, Hauptstr. 12  
SINGEN a. H., Scheffelstr. 25  
KONSTANZ, Roßgartenstr. 31

---

**BADISCHER BAUBUND G.M.**  
Gemeinnütziger Möbelvertrieb

Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.

## Stadt. Konzerthaus.

Gesamtgastspiel des Neuen Operetten-Theaters Bonn.

Leitung: Direktor Adalbert Steffter.

Samstag, den 1. Juli 1922, abends 7 1/2 Uhr

## Eröffnungs-Vorstellung

## Alt-Wien

Operette in 3 Akten von Josef Lanner.

In Szene gesetzt von Direktor Adalbert Steffter.

Sonntag, den 2. Juli 1922, nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr

## Alt-Wien

## Metalbetten

Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.

Eisenmöbelfabrik Süßl (Thür.).

## Bürgerl. Rechtspflege

### a. Streitige Gerichtsbarkeit.

O 38. Bühl. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Mechanikers Karl Hauser in Bühl (Baden) wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und nach Vornahme der Schlußverteilung aufgehoben.

Bühl, 21. Juni 1922.

Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts.

## Papierholzverkauf.

Das Forstamt Kirchgarten verkauft freihändig etwa 150 Ster Papierholz (entriindet) I.-III. Klasse aus den Staatswaldungen Zastler u. St. Wilhelm. Nähere Auskunft durchs Forstamt. Angebote bis 7. Juli l. Z. erbeten.

O 34.

## Binnentarif

der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft vom 1. Mai 1913.

## Bediensteter.

Nebenbahnen der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft und der Nebenbahn Rhein-Lahr-Seelbach vom 1. Oktober 1914.

Am 1. Juli 1922 treten auf unseren Nebenbahnen im Gepäck-, Express-, Tier- und Güterverkehr Tarif-erhöhungen in Kraft.

Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbüro und die Direktion der Rahrer Eisenbahn-Gesellschaft in Rahre.

Rehl, 28. Juni 1922.

Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft Abteilung Baden.

Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe. A 376

## Schopfheim.

O 902

In das Vereinsregister wurde zu Band I O.-Z. 24 eingetragen:

Gipfelmesserverband der Kreise Lörach und Waldsbühl in Schopfheim.

Schopfheim.

den 20. Juni 1922.

Bad. Amtsgericht.

## Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Baden. O 49

Güterrechtsregister Eintrag Bd. II, Seite 477.

Janke, Arthur, Buchhändler in Baden, und Karola geb. Schmitz-Jumboff. Vertrag vom 6. Juni 1922. Gütertrennung.

Baden, 20. Juni 1922.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Mannheim. O. 917

Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:

1. Seite 491: Luz, Stefan, Kontrollleur, und Rosa geb. Herrmann in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 B.G.B. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

2. Seite 492: Tillmann, Wilhelm, Dreher, und Walthilde geb. Widenhöfer in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 B.G.B. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Mannheim, 17. Juni 1922.

Bad. Amtsgericht B. O. 4.

Mannheim. O. 924

Zum Güterrechtsregister Band XIV O.-Z. 493 wurde heute eingetragen:

Herbold, Philipp Sebastian, Kaufmann, und Christina geb. Kaiser in Radenburg. Durch Vertrag vom 2. Juni 1922 ist das geschiedene Güterrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches vereinbart und alles von der Frau eingebracht, in der Anlage zum Ehevertrag verzeichnete Vermögen als deren Vorbehaltsgut erklärt.

Mannheim, 24. Juni 1922.

Bad. Amtsgericht B. O. 4.

Willingen. O. 925

In das hiesige Güterrechtsregister Bd. II Seite 266 wurde heute eingetragen: Johannes Friedrich Gaifer, Sattler und Tapezier in St. Georgen, und dessen Ehefrau Lina geb. Schädle allda. Infolge rechtskräftiger Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Mannes ist an Stelle der Ertrungsgemeinschaft die Gütertrennung getreten.

Willingen, 23. Juni 1922.

Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Waldbrunn. O. 48

In das Vereinsregister wurde unter O.-Z. 9 heute eingetragen: St. Sebastianen-Krankenverein Willingen. Sitzung vom 23.

Februar 1922. Vorstandsmitglieder: F. F. Wülffling, Kfarer, Direktor Andreas Döfner, Bürgermeister Julius Scherer, Kassier, Wilhelm Lutz, Gemeindevorstand, Josef Köhr, Gemeindevorstand, Josef Galm, Gemeindevorstand, alle in Willingen.

Waldbrunn, 7. Juni 1922.

Der Gerichtsschreiber bad. Amtsgerichts.

Wertheim. O. 964

Güterrechtsregister Eintrag Band II Seite 68: Friedrich Kempf, Landwirt in Sonderriet, und Katharina geb. Brohm. Vertrag vom 24. Mai 1922. Ertrungsgemeinschaft gemäß §§ 1519 ff. B.G.B.

Wertheim, 16. Juni 1922.

Amtsgericht.

## Bereins-Register.

Wolfsach. O. 910

In das Güterrechtsregister Band II O.-Z. 434 wurde eingetragen: Breithaupt, Christian, Landwirt, und Hilba Lydia Lauble in Hausach. Vertrag vom 24. April 1922. Ertrungsgemeinschaft. Das Vermögen der Frau ist Vorbehaltsgut.

Wolfsach, 23. Juni 1922.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.